



Herausforderungen angehen

Willst du für ein Jahr vorausplanen, so baue Reis. Willst du für ein Jahrzehnt vorausplanen, so pflanze Bäume. Willst du für ein Jahrhundert planen, so bilde Menschen.“ Viele Zitate begleiten bildungspolitische Debatten seit Jahren. Das Zitat des chinesischen Philosophen Guan Zhong beschreibt die Verantwortung von über Bildungsstrukturen entscheidenden politischen Akteuren. Jede falsche Entscheidung, jede Unterlassung – auch das wird deutlich – wird für einen langen Zeitraum kaum umkehrbare Folgen haben.

Die Koalitionsfraktionen DIE LINKE, SPD und GRÜNE haben dem Landtag einen Gesetzentwurf zur Änderung des Schulgesetzes vorgelegt, mit dem nun Weichen gestellt werden sollen, um das Schulsystem in Thüringen fit zu machen für die nächsten Jahre. Wir reagieren damit auf die in diesem Jahrhundert anstehenden Herausforderungen: Längeres gemeinsames Lernen an Gemeinschaftsschulen, mehr Praxisorientierung durch Kooperationen mit Betrieben, digitaler Unterricht und Lernmittelfreiheit auch für digitale Geräte, Ausbau der Mitbestimmung für Schüler:innen, Eltern und Lehrer:innen. Das sind nur einige Stichworte zu dem politischen Vorhaben von Rot-Rot-Grün. Änderungen an einem Schulgesetz rufen zumeist immer laute kritische Gegenstimmen hervor, die die zustimmenden Stimmen meist überlagern. Das liegt gewiss auch in der Natur der Sache, denn die meisten, eigentlich alle, haben eigene Erfahrungen mit der Schule. Diese Erfahrungen prägen unsere Erwartungshaltung an Schule heute. Es muss aber gelingen, ausgehend von diesen Erfahrungen auf das den Blick zu richten, was vor uns liegt. Mit dem Gesetzentwurf zur Änderung des Schulgesetzes laden wir dazu ein. Und zum Austausch über den besten „Plan für ein Jahrhundert“.

Steffen Dittes, Fraktionsvorsitzender



Das war 2022

Erneut ein Jahr geprägt von Krisen,
die die Welt beschäftigen.
Wir blicken zurück auf herausfor-
dernde Monate und gehen mit neuen
Ideen in das nächste Jahr.

Linker Ticker

Anlässlich der Durchsuchungen gegen ein militantes Verschwörer-Netzwerk um den Reussen-Prinz erklärt **Katharina König-Preuss**, Sprecherin für Antifaschismus der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag: „Es ist gut, dass diese Gruppierung gestoppt werden konnte, bevor sie ihre Planungen in die Tat umsetzen konnten. Dass die Reichsbürgerszene Umsturzplanungen verfolgt, ist nicht neu, vielfach sind solche Bestrebungen wesentlicher Bestandteil der Ideologie.“ Weiter macht sie auf den hohen Grad an Schnittmengen aufmerksam, die es seitens der Reichsbürger mit der Neonaziszene, der Corona-Leugner-Szene und auch der Partei „Alternative für Deutschland“ in Thüringen gebe, auf Versammlungen der letzten Monate marschierte man teilweise Seite an Seite. +++ „Durch das landesweite Angebot von Impfungen gegen das Corona-Virus, was viele Menschen wahrgenommen haben, wurden ganz konkret Menschenleben geschützt. Und durch das Impfportal konnten unzählige Termine vereinbart und vorbereitet werden und das in einer deutschlandweit einzigartigen Qualität“, erklärt **Ralf Plötner**, Sprecher für Gesundheitspolitik und Pflege der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, mit Blick auf Schließen der Corona-Impfstellen in Thüringen bis zum Jahresende. +++ Mit dem veröffentlichten Beschluss hat der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts entschieden, dass § 2 Abs. 1 Satz 4 Nr. 1 des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) mit dem Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums aus Art. 1 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 20 Abs. 1 des Grundgesetzes (GG) unvereinbar ist. Vor diesem Hintergrund erklärt **Sascha Bilay**, kommunal- und innenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag: Ich begrüße ganz ausdrücklich, dass das höchste deutsche Gericht diese offenkundige Ungerechtigkeit mit seinem heutigen Beschluss klar als mit dem Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums unvereinbar einordnet. Dem unsäglichen Ausspielen von Schwachen gegen Schwächere, das derzeit an so vielen Stellen beobachtet werden kann, wurde damit im Bereich des Asylbewerberleistungsgesetzes ein Riegel vorgeschoben“, so Bilay.

Impressum

Herausgeberin:
Fraktion DIE LINKE, im Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt
Redaktion: Lisa Hilpert
V.i.S.d.P.: Olaf Weichler
Telefon: 0361 377-2620
E-Mail: weichler@die-linke-thl.de
Web: www.die-linke-thl.de
Redaktionsschluss: 08.12.2022

Ehrenamt würdigen

Fraktion DIE LINKE fordert umfassendes Ehrenamtsfördergesetz

Anja Müller, Sprecherin für Demokratie und Verfassung der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, fordert nach einer Serie von Anhörungen im Verfassungsausschuss, in dem sie selbst Mitglied ist, „konkrete inhaltliche Arbeitsergebnisse zur Verbesserung der Verfassung, die für die Menschen im Alltag spürbaren Nutzen bringen“.

Anlässlich des Tages des Ehrenamtes verweist die Abgeordnete exemplarisch auf das avisierte neue Staatsziel zur Förderung des ehrenamtlichen Engagements. „Ausgehend von dieser neuen Verfassungsregelung kann und muss dann ein umfassendes Thüringer Ehrenamtsfördergesetz kommen, das die ehrenamtliche Arbeit stärkt und dauerhaft fördert. Dafür soll z. B. eine langfristige strukturelle und finanzielle Sicherheit für ehrenamtlich aktive Organisationen und Akteure sorgen.“ Diese langjährige Forderung nach dem Landesgesetz wurde von Anzuhörenden im Verfassungsausschuss nochmals deutlich bekräftigt. Sie erwarten von den politisch Verantwortlichen



Markus Gleichmann spendet für einen neuen Bären am Stadtrodaer Skulpturenweg



Anja Müller spendet für die Rheuma-Liga e. V. 400,00 Euro gingen im Sommer an den Landesverband

nun konkrete Umsetzungsschritte. „Das Staatsziel soll kommen und auch das Ehrenamtsfördergesetz sowie kontinuierliche Förderstrukturen. Von den Tafeln bis zu den Initiativen zur Unterstützung geflüchteter Menschen vor Ort hat dieses vielfältige und wichtige gesellschaftliche Engagement endlich auch eine praktische Wertschätzung verdient. Deshalb wäre es ein wichtiges politisches Signal, wenn der Landtag bald mit der notwendigen Zwei-Drittel-Mehrheit diese Neuregelung auf den Weg bringen würde“, unterstreicht Müller. Doch angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Situation brauche es, so die LINKE-Abgeordnete, dringend noch weiterer neuer Bausteine in der Verfassung. Dazu gehöre ein Staatsziel zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Thüringen, damit alle Menschen überall in Thüringen die gleiche soziale Teilhabe in Anspruch nehmen können - sei bei Wohnen, Arbeit, Gesundheitsversorgung, Förderung von Kindern und Jugendlichen sowie Unterstützung von behinderten Menschen. Auch das Leitprinzip der sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit müsse viel stärker zur Geltung kommen.

„Die vielen inhaltlich sehr guten Beiträge und Vorschläge der angehörten

Organisationen und Einzelpersonen sollten jetzt in konkrete Arbeitsergebnisse überführt werden. Dies erwarten die Menschen ganz zu Recht, die sich so engagiert in die Arbeit des Verfassungsausschusses eingebracht haben. Das ist auch eine Frage des Respekts der Abgeordneten für den Sach- und Fachverstand der Bürgerinnen und Bürger, der in den Beiträgen und Vorschlägen deutlich sichtbar wird. Abgeordnete sind gewählt, um Arbeitsergebnisse zur Verbesserung des Alltags der Menschen vor Ort zu liefern. Mit diesem Ziel sollte sich der Verfassungsausschuss mit Beginn des neuen Jahres an die weitere Arbeit machen und ein inhaltliches Beschlusspaket schnüren“, fordert LINKE-Abgeordnete Müller, die abschließend anfügt: „Danach muss für die einzelnen Punkte an noch konkreteren Umsetzungsschritten wie z.B. Aktionsplänen, Unterstützungsstrukturen und Fördertöpfen gearbeitet werden. Auch dazu haben die Anzuhörenden schon gute Vorschläge gemacht.“

Seit 1995 spenden die MdLs über den Verein Alternative 54 e. V. monatlich einen Anteil ihrer Diäten zur Förderung gemeinnütziger Projekte. Sie unterstützen dadurch aktiv das Ehrenamt in den Bereichen Kultur, Umwelt- und Naturschutz, Jugendbildung sowie Sport.

Thüringer Inklusionsmonitor 2022

Teilhabe von Menschen mit Behinderung auch in Krisenzeiten

„Der aktuelle Inklusionsmonitor zeigt, dass sich die Einstellungen in Thüringen gegenüber Menschen mit Behinderung seit der Erhebung des Monitors positiv entwickelt haben, aber für eine inklusive Gesellschaft ist noch immer viel zu tun“, sagt Karola Stange, behindertenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, nach der heutigen Vorstellung des Thüringer Inklusionsmonitors 2022.

Seit 2016 wird im Auftrag des Beauftragten für Menschen mit Behinderung in Thüringen, Joachim Leibiger, jährlich der Inklusionsmonitor erhoben. Er bildet die Sichtweise auf Menschen mit Behinderung in Thüringen ab. „Menschen mit Behinderung werden mit Lebensfreude, Respekt und Vielfalt assoziiert, leider aber noch immer auch mit

Mitleid und Hilfsbedürftigkeit. Dennoch zeigt sich, dass bestimmte Assoziationen, wie z.B. Mitleid, seit Erhebung des Inklusionsmonitors abgenommen haben, dafür solche, wie z.B. Respekt, zugenommen haben. Es lässt sich also feststellen, dass mit behinderten Menschen in zunehmenden Maße auf Augenhöhe umgegangen wird“, meint die Abgeordnete. Für den Inklusionsmonitor 2022 wurden rund 1000 Menschen in Thüringen befragt.

In diesem Jahr lag der thematische Schwerpunkt auf dem Problem multippler Krisen und ihren Auswirkungen auf Menschen mit Behinderung: „Inklusion trotz(t) Krisen“ ist der Titel des aktuellen Monitors. Deutlich wird aber auch, dass ein Großteil der Befragten sowohl mit Behinderung als auch ohne Behin-

derung davon ausgeht, dass die aktuelle Inflation Menschen mit Behinderung nochmals stärker trifft. So habe jeder zweite Befragte diese Aussage bejaht, so Stange. „Der Inklusionsmonitor macht deutlich, dass wir die Belange von Menschen mit Behinderung, gerade während Krisenzeiten auf keinen Fall aus dem Blick verlieren dürfen. Wenn auf Bundesebene über Entlastungsmaßnahmen diskutiert wird, dann müssen auch die Belange von Menschen mit Behinderung bedacht werden.“

Auf keinen Fall darf die aktuelle Krisensituation Ausgrenzung und Teilhabeverlust von Menschen mit Behinderung verstärken oder sie in finanzielle Notlage bringen“, schließt die Abgeordnete ab.



Nach Terminabsagen von CDU und FDP und mehreren Kompromissversuchen sollen die Haushaltsberatungen nun im Dezember-Plenum ihr ersehntes Ende finden.

Zum Landeshaushalt 2023

Schwerpunkte der Fraktion DIE LINKE und aktuelle Entwicklungen

Mit dem Haushalt ermächtigt das Parlament die Regierung, im kommenden Jahr Gelder auszugeben. Dieses Jahr geht es um 13 Milliarden Euro. „Der Haushalt ist in Zahlen gegossene Politik“, sagt Ronald Hande, haushaltspolitischer Sprecher in der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag. „Mit ihm legen wir einen Rahmen fest, in dem die Regierung Projekte finanzieren darf.“

—

„Viele Vereine im Land sind auf den Haushalt angewiesen und auch die Jugendförderung ginge ohne ihn nicht auf gewohntem Niveau weiter.“

Neben den Projekten werden dadurch auch alle Beamtinnen und Beamte inklusive sämtlicher Lehrer:innen und Polizist:innen bezahlt. Neueinstellungen sind ohne einen Haushalt nicht möglich und die soziale und kulturelle Infrastruktur würde brachliegen, wenn es keinen Haushalt gäbe. Viele Vereine im Land sind auf den Haushalt angewiesen und auch die Jugendförderung ginge ohne ihn nicht auf gewohntem Niveau weiter. „Auch wenn die Landesregierung mit dem Haushaltsentwurf eine gute Grundlage vorgelegt hat, so gibt es einige Stellen, wo wir als Koalition noch nachjustieren wollen“, sagt Fraktionsvorsitzender Steffen Dittes. So hat die Koalition 176 Änderungsanträge zum Haushalt eingebracht. In den verschiedensten Bereichen des Haushalts sollen noch Änderungen vorgenommen werden. Die **politischen**

Jugendverbände sollen beispielsweise nach elf Jahren eine **Erhöhung bekommen**. Der **Kulturrat und Bürgermedien sollen gestärkt werden**, um Medien- und Kulturvielfalt in Thüringen zu fördern und zu erhalten. Auch im Bereich Innen und Kommunales war die Koalition tüchtig. Wenn ein Land noch mehr Polizist:innen braucht, so muss das Land diese selber ausbilden. Deswegen bekommt die **Landespolizeischule zusätzliche Stellen**, um die Polizist:innen für Thüringen bestmöglich auf den Dienst vorzubereiten. Um neue Bewerber:innen zu gewinnen, wird eine Sonderzahlung für jede:n Anwärter:in ausgereicht. Auch das **Landeskriminalamt bekommt neue Stellen**, um verstärkt gegen Kinderpornografie vorgehen zu können. Vor dem Hintergrund, dass Umweltkatastrophen wie im Ahrtal häufiger stattfinden können, wird der Katastrophenschutz mit zwei Millionen zusätzlich bedacht und bekommt neue Ausbilder:innen in der Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule.

Wichtige Bereiche für DIE LINKE sind Bildung, Jugend und Sport. Auch wenn die seit 2014 1200 zusätzlichen Lehrer:innen die unter der Rot-Rot-Grünen Landesregierung eingestellt wurden, noch nicht ausreichend sind, so sind sie der Weg in die richtige Richtung. Neben den **neuen Lehrer:innen** gibt es noch mehr, was die Koalition auf den Weg bringt. Im Bereich der Kindertagesstätten sollen die **Programme „SprachKitas“ und „Vielfalt vor Ort begegnen“ verstetigt werden**.

Die **Praxisintegrierte Erzieher:innen-Ausbildung „PIA“ wird noch einmal massiv ausgebaut**, da wir ebenso dringend neue Erzieher brauchen. Das Programm hat in der Vergangenheit dabei geholfen. Noch dazu sol-

len Erzieher:innen eine Möglichkeit bekommen, ihre Abläufe und Berichte sofort und digital an ihre Kolleg:innen weiterzugeben, durch **Tablets, die an die Kitas ausgereicht werden** sollen. Den Schulfördervereinen springt ihr bisheriger Sponsor ab, bis ein neuer gefunden wurde, wird **Landesstelle der Schulfördervereine vom Land übernommen**, damit die Vernetzung und Zusammenarbeit unter den Vereinen ungehindert weitergehen kann. Der **Ausbau der Sportstätten** für Vereine im Breitensport liegt der Koalition ebenso am Herzen. Deswegen sollen Investitionen in Höhe von 1,7 Millionen Euro gefördert werden.

Das **Sinnesbehinderten-Geld** soll

—

„Wir haben viele Vorschläge, die Thüringen weiter voranbringen sollen, die bei den Menschen ankommen und die für eine gerechte Gesellschaft stehen“

von 420 auf 472 Euro **erhöht** werden. Im Haushalt macht sich dies mit 2,4 Millionen bemerkbar. Das **Ehrenamt soll mehr gefördert und auch die Familienerholung verstärkt werden**. „Wir haben viele Vorschläge, die Thüringen weiter voranbringen sollen, die bei den Menschen ankommen und die für eine gerechte Gesellschaft stehen“, so Ronald Hande, „doch müssen wir für eine Mehrheit im Parlament streiten. Das doppel-moralische Verhalten der CDU ist hierbei nicht hilfreich. Einige ihrer Kürzungsvorschläge sind skanda-

lös.“ Die CDU posaunte die letzten Wochen häufiger heraus, dass sie von der Regierung verlange, einen Einsparvorschlag vorzulegen. Da die Regierung den Haushalt jedoch schon knapp bemessen und alle wichtigen Vorgaben eingehalten hat, ist das nur schwer möglich. Nun hat die CDU selbst Einsparungsvorschläge vorgelegt, im gleichen Atemzug will sie das Geld sofort wieder ausgeben. Für eigene Projekte. Eingespart wird unterm Strich damit gar nichts. Das Ausmaß ihres schädlichen Verhaltens geht noch weiter. Die CDU torpediert seit Anfang an die Haushaltsverhandlungen im Parlament und möchte nur mit der Regierung verhandeln, die zu diesem Zeitpunkt der Verhandlungen nur noch als beratendes Organ tätig werden darf. Damit untergräbt Mario Voigt die parlamentarische Demokratie und die verfassungsgemäße Legitimation des Haushaltes. Die CDU setzt sehr viele Gelder für die Thüringerinnen und Thüringer aufs Spiel, gefährdet Arbeitsplätze und entzieht sich ihrer Verantwortung als Haushaltsgesetzgeber.

Sie stellt in Aussicht, einen weiteren Dammbuch nach rechts zu wagen und mit der AFD zusammen den Haushalt zu rasieren. Damit würde deutlich werden, dass die CDU alles andere als eine Brandmauer nach rechts ist, sondern viel mehr käme sie ihren Wurzeln der Zentrumspartei nach und öffnet dem Faschisten Höcke Tor und Türen in den parlamentarischen Prozess. „Egal wie schwer die Verhandlungen auch werden“, bekundet der Fraktionsvorsitzende, „wir werden weiter für ein solidarisches Thüringen streiten. Der Haushalt ist ein wichtiger Schritt dazu.“

Roland Fahrenbach, wissenschaftlicher Mitarbeiter.

Über Staatsbürgerschaft und Einbürgerung

Ein Text von Martin Heucke

Staatsbürgerschaft

Wie werden Leute für gewöhnlich zu Staatsbürgern eines demokratischen Rechtsstaats? Für die meisten von uns dürfte folgendes gelten: Wir erlangen unsere Staatsbürgerschaft mit der Geburt. Das mag uns zwar ganz natürlich vorkommen, doch soll hier daran erinnert sein, dass der Erwerb der Staatsbürgerschaft mitnichten eine natürliche Folge des Geburtsvorgangs ist. Menschen erwerben ihre Staatsbürgerschaft bzw. ihre Nationalität als Resultat bestimmter erwählter Rechtsregeln, aufgrund einer politischen Praxis, die sich im jeweiligen Staat etabliert hat.

Ergibt dieses Prinzip Sinn? Durch die demokratische Brille betrachtet, erscheint es vor dem geschichtlichen Hintergrund, dass viele zeitgenössische Demokratien gegen soziale Ordnungen, die auf Erbschaftsfolge und Geburtsrecht gründeten, erkämpft wurden. Für gewöhnlich fallen denn auch andere Schlagworte, wenn die Frage beantwortet werden soll, wer Mitglied der Bürgerschaft sein kann und darf: Rechtskonformität, Langzeitaufenthalt (in Deutschland für gewöhnlich mindestens acht Jahre) im Bundesgebiet, Einbringen in die Zivilgesellschaft, Anerkennen der staatlichen Autoritäten (insb. des Grundgesetzes), Sprachkenntnisse. Dinge dieser Art werden relevant, wenn sich dieser Text der Frage nach der Einbürgerung erwachsener Zuwanderer zuwendet, aber für die Anwendung auf Neugeborene scheinen sie gänzlich ungeeignet. Neugeborene haben keine Vergangenheit außerhalb des Mutterleibes, womit man die Frage nach ihrer Nationalität nicht mit Rückgriff auf die genannten Items/Bedingungen nicht zu beantworten ist.

„Einem Kind bei der Geburt die Staatsbürgerschaft zuzuerkennen, ist nicht nur ein administrativer Akt. (...) In einer Welt, in der vorgesehen ist, dass jedes Kind eine Nationalität haben sollte, ist es ein moralischer Imperativ.“

Der häufigste Fall, in dem die Frage nach der Nationalität bei der Geburt entschieden werden muss, ist jener, in dem die Eltern des Kindes beide die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen und dauerhaft in Deutschland leben. Die Eltern des Kindes sind mit anderen Worten Residenz-Bürger. Diesen Kindern bei der Geburt die deutsche Staatsbürgerschaft zu verleihen, ergibt als Praxis Sinn, da sie die Realitäten hinsichtlich der Verbindungen des Kindes zur Gesellschaft und seinen fundamentalen Interessen am Aufrechterhalten

ten dieser Beziehungen anerkennt. In einem demokratischen Rahmen ist der Staat (moralisch) dazu verpflichtet, diese Interessen in seine Staatsbürgerschafts-Regelungen mit einzubeziehen. Einem Kind bei der Geburt die Staatsbürgerschaft zuzuerkennen, ist dabei nicht nur ein administrativer Akt im Eigeneinteresse des Staates. In einer Welt, in der vorgesehen ist, dass jedes Kind (irgend)eine Nationalität bzw. Staatsbürgerschaft haben sollte, ist es ein moralischer Imperativ. Ein anderes Handeln wäre schlicht ungerecht.[...]

Bei darüber hinaus zu betrachtenden Gruppen handelt es sich um die Kinder von Immigranten. Aus den vorangestellten Ausführungen ergeben sich für diese Gruppe folgende Konsequenzen: Kinder, die in einem demokratischen Staat, in dem sich ihre Eltern als reguläre Einwanderer niedergelassen ha-

leben und aufwachsen wird, anzuerkennen. Es wäre ungerecht, den Kindern von ansässigen Immigrant:innen die Staatsbürgerschaft durch Geburt vorzuenthalten, und zwar aus denselben Gründen, die es im Falle einer Verweigerung der Staatsbürgerschaft bei Geburt von Kindern sog. Residenz-Bürger zu einer Ungerechtigkeit verkommen ließe. [...]

—
„Zuhause ist dort, wo man lebt. Und wo man lebt, ist die entscheidende Variable für Interessen und Identität, sowohl empirisch als auch normativ.“



ben, geboren werden, sollten die Staatsbürgerschaft durch Geburt erhalten, da sie sich als Neugeborene hinsichtlich der Verbindungen zur Gesellschaft und ihren fundamentalen Interessen am Aufrechterhalten dieser Beziehungen wie auch sonst nicht von den Kindern der sog. Residenz-Bürger unterscheiden. Die Bande, die sich durch das tatsächliche Leben in einem Land knüpfen bilden, die mächtigste Basis für einen Anspruch auf Mitgliedschaft bzw. Zugehörigkeit. Zuhause ist dort, wo man lebt. Und wo man lebt, ist die entscheidende Variable für Interessen und Identität, sowohl empirisch als auch normativ. In Deutschland, wo seit dem 1. Januar 2000 ergänzend zum Abstammungsprinzip (Ius sanguinis) auch das Geburtsortprinzip (Ius soli) gilt, erkennt man diese Überlegungen an. Der Erwerb der (deutschen) Staatsbürgerschaft mit der Geburt ist die einzig vernünftige Weise, die Beziehung zwischen dem Neugeborenen migrantischer Eltern und der politischen Gemeinschaft, in der es mit seiner Familie

Einbürgerung

Im zweiten Abschnitt dieses Textes soll der Frage nachgegangen werden, welcher Anspruch auf Staatsbürgerschaft von nicht in Deutschland geborenen Immigranten, die über einen unbefristeten Aufenthaltstitel verfügen, geltend gemacht werden können sollte.

Immigranten, die als junge Kinder im Bundesgebiet ankommen, ähneln sowohl aus soziologischer als auch aus moralischer Perspektive jenen Kindern, die als Nachkommen immigrierter Eltern in Deutschland geboren worden sind. Sie sind Teil der Gesellschaft und diese Zugehörigkeit sollte anerkannt werden, indem man ihnen die deutsche Staatsbürgerschaft zuerkennt. All die Gründe, die im Falle von für die Anwendung des Geburtsortsprinzips (Ius soli) sprechen, sind Gründe, die im Falle von in jungen Jahren nach Deutschland eingereisten und angesiedelten Kindern dafürsprechen, diesen Kindern die deutsche Staatsangehörigkeit zuzuerkennen.

Das Zuerkennen der Staatsbürgerschaft sollte in diesem Fall analog zur Anwendung des Geburtsortprinzips für die in Deutschland geborenen Kinder zugewanderter Eltern automatisch erfolgen und nicht an Bedingungen geknüpft sein. Letzteres meint, dass die Immigranten, die als junge Kinder in Deutschland ankommen, keinerlei Test unterzogen werden sollten, die Wissen, Kultur, Werte oder sonstige Verhaltensstandards als Bedingung für den Erwerb der Staatsbürgerschaft abfragen. Es wäre moralisch falsch, knüpfte man die Staatsbürgerschaft für in Deutschland geborene Kinder (unabhängig der Staatsbürgerschaft ihrer Eltern) an Gelerntes oder an bestimmte Verhaltensweisen. Es wäre aus denselben Gründen moralisch genauso falsch würde man derartiges immigrierten Kindern aufbürden und den Erwerb der Staatsbürgerschaft davon abhängig machen, was sie wissen oder tun.

Dies muss im Übrigen auch in jenen Fällen gelten, in denen die zugewanderten Kinder im Laufe ihrer Entwicklung kriminelles Potential erkennen lassen. Viele Staaten – und Deutschland bildet hier keine Ausnahme (siehe: §10 StAG) – setzen für ein erfolgreiches Einbürgerungsverfahren Strafflosigkeit der Antragsteller:innen voraus. Sofern man zugestehen möchte, dass diese Hürde im Falle von Immigranten, die als Erwachsene in Deutschland angekommen sind, ein gewisses Maß an Plausibilität für sich beanspruchen kann, muss man doch anerkennen, dass das Verhalten – sei es kriminell oder nicht – jener Immigranten, die in jungen bzw. sehr jungen Jahren in Deutschland angekommen sind, in der Frage des Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit irrelevant sein sollte. Werden Kinder deutscher Staatsbürger:innen kriminell, verlieren sie nicht ihre Staatsbürgerschaft (selbst dann nicht, wenn sie neben der deutschen noch eine weitere Staatsbürgerschaft haben und durch den beschriebenen Verlust nicht staatenlos würden). Den fortdauernden Besitz der Staatsbürgerschaft von gutem Verhalten abhängig zu machen, würde unserem grundlegenden Verständnis davon, was Staatsbürgerschaft in gegenwärtigen Demokratien auszeichnet, zuwider laufen – unabhängig davon, wie populär derartige Ideen in manchem politischen Lager sein mögen. Der Erwerb der Staatsbürgerschaft für Kinder von Residenz-Bürgern ist nicht optional, er erfolgt automatisch und es wäre falsch, würde der Staat es anders regeln. [...]

Martin Heucke, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag



Dieser Text stellt nur Auszüge des Gesamttextes dar. Den vollständigen Text finden Sie unter: www.die-linke-thl.de/aktuelles/parlamentsreport

Thüringen in Brüssel sichtbar machen

Markus Gleichmann berichtet aus dem Europaparlament

Die aktuelle Krise auch als Chance begreifen. Das habe ich versucht in meinem Statement am 1. Dezember im Ausschuss der Regionen (AdR) bei der EU in Brüssel deutlich zu machen. Ein Schwerpunkt der zweitägigen Plenarsitzung, bei der ich als Thüringer Vertreter:innen teilnehmen konnte, bildete das Thema der Krisenpolitik.

So äußerten insbesondere die Vertreter:innen der osteuropäischen Staaten, dass sie durch die kriegsbedingt fehlenden landwirtschaftlichen Produkte aus der Ukraine, die traditionell importiert wurden, keine Exportkapazitäten für Drittstaaten haben. Die Folge sind steigende Preise, die sich bei uns in Form von erhöhten Ausgaben bemerkbar machen, für Menschen in Asien und Afrika teils lebensbedrohlich sind. In der Debatte über die Nahrungsmittelkrise wurden Forderungen an die EU-Kommission deutlich gemacht. Der Krieg Russlands gegen die Ukraine bedroht die weltweite Lebensmittelversorgung und hat die Agrarmärkte weiter destabilisiert. Die schon im vergangenen Jahr gestiegenen Preise für Lebens- und Futtermittel, Energie und Düngemittel werden so in die Höhe getrieben.

In der Debatte über die Energiekrise und ihre Folgen für die EU-Haushalte zeigten sich die innereuropäischen Unterschiede. Während stärkere Volkswirtschaften wie Frankreich, Italien, Deutschland und einige mehr eigene nationale Programme zur Unterstützung der eigenen Bevölkerung und Unternehmen auf den Weg bringen konnten, ist das einem Teil der EU-Staaten nicht möglich. Das Gefälle zwischen den Lebensbedingungen innerhalb der EU droht damit wieder größer zu werden, trotz aller Investitionen in Strukturförderfonds der vergangenen Jahrzehnte. Hier braucht es eine stärkere europäische Zusammenarbeit, Ab-

schaffung von Marktregularien die aktuell zu großen Übergewinnen einzelner führen (Merit-Order) und klarere steuerliche Regelungen für Großunternehmen und Krisengewinner.

Seitens der AdR-Fraktion Renew Europe kam eine Initiativstellungnahme zur legalen Migration, um die Anwerbung qualifizierter Arbeitskräfte aus Drittländern besser zu ermöglichen. Unter anderem geht es um die Angleichung von Standards und bessere Kommunikation und Anerkennung. Eine Arbeitsgenehmigung aus Portugal sollte auch in Deutschland oder Italien gelten, ohne erneute langwierige Prüfverfahren. Auch die Transformation der Wirtschaft hin zu einer karbonisierten Produktionsweise beschäftigt die gesamte EU. Trotz unterschiedlicher Ausgangsvoraussetzungen möchten die regionalen Gebietskörperschaften an dieser Energiewende mitarbeiten und sehen diese als Chance, sich auch im globalen Wettbewerb besser aufstellen zu können.

Neben den offiziellen Tagungsprogrammen des AdR finden weitere Sitzungen in der Fraktion und auch in der deutschen Delegation statt. Für Thüringen ist insbesondere die u. a. von Sachsen initiierte Arbeitsgruppe der Automotive Standorte interessant. Insbesondere geht es hierbei um Strukturförderprogramme für Regionen, die besonders stark vom Wandel in der Automobilindustrie betroffen sein werden. Auch Thüringen bemüht sich um die Aufnahme in diese AG, da es insbesondere auch um die Zuliefererindustrie geht. Ähnlich wie der Fonds, der die ehemaligen Braun- und Steinkohlereviere fördert (u. a. Altenburger Land mit 80 Mio Euro) soll es einen Anlauf für einen neuerlichen Just-Transition-Fonds (JTF) geben, der genau diesen Schwerpunkt betritt. Nach den Beratungen am Tag finden abends in Brüs-



sel viele Veranstaltungen statt. Ich nahm diesmal an einem Fachgespräch zum Thema Halbleiterindustrie in der Landesvertretung Hessen mit dem Chemieunternehmen Merck teil. Der beschlossene European Chips act, soll Produktionskapazitäten in der EU aufbauen, um der Mangellage entgegenzuwirken und die Abhängigkeit vom asiatischen Markt reduzieren.

Der Ausschuss der Regionen Europas

ist wahrscheinlich das am wenigsten bekannte Gremium der EU. Trotzdem eröffnet es vor allem Vernetzungsmöglichkeiten, die Staatssekretär Malte Krückels als ständiges Mitglied für die Landesregierung und ich als stellvertretendes Mitglied für den Thüringer Landtag gemeinsam stärken und wahrnehmen wollen. *Markus Gleichmann, MdL der Fraktion DIE LINKE und Sprecher für Energie- und Europapolitik.*

Besuche in Thüringer Wirtschaftsunternehmen

Der Arbeitskreis Wirtschaft der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag trat Ende November zum Abschluss des Jahres Besuche in Thüringer Unternehmen an. Mit den Besuchen in regionalen Unternehmen, Verbänden oder Vereinen wollen die Arbeitskreise einen direkten Eindruck gewinnen und sich Belange annehmen.

Gerade mit Blick auf die Energiekrise, Lieferketten- und Zulieferschwierigkeiten wollten die Abgeordneten und Mitarbeitenden der Fraktion einen Einblick in die aktuelle Situation erlangen. „Wir wollen im Thüringer Landtag über die realen Themen der Thüringer Wirtschaft diskutieren können. Dazu ist es notwendig, regelmäßig in den Austausch zu treten und dabei auch stets die Sicht der Mitarbeitenden im Auge zu behalten“, erklärt der wirtschafts-

politische Sprecher der Fraktion DIE LINKE, Andreas Schubert. Der erste Besuch fand bei IPOL in Ilmenau statt. Das Unternehmen begleitet seit 2006 weltweit Industrie- und Logistikunternehmen aus unterschiedlichen Branchen. Anschließend ging es zu einem Gespräch mit dem Betriebsrat bei Hörmann KG Ictershausen, die unter anderem eine marktgerechte Entlohnung fordern. Die Hörmann KG Ictershausen beschäftigt heute ca. 700 Menschen am Standort mit der Produktion von Garagentoren. Abschließend besuchte der Arbeitskreis CATL am Erfurter Kreuz. 2018 wurde hier mit Contemporary Ampere Technology Thuringia GmbH (CATT) eine weitere deutsche Geschäftseinheit gegründet, welche die erste europäische Fertigungsstätte des Unternehmens für EV-Batterien ist.





Die aktuellen Pläne von R2G zur Schulgesetz-Änderung auf einen Blick.



„Mit dem Gesetz stellen wir die Weichen in Richtung Zukunft für die Schulen. Unsere Schwerpunkte: Digitale Bildung und eine stärkere Praxisorientierung“

Praxisorientiertes Lernen



Stärkung der Regel- und Gemeinschaftsschulen: Das praxisorientierte Lernen wird als durchgängiger Auftrag im Gesetz formuliert.

Dies soll durch Integration praxisbezogener Lernformen in den Unterricht und durch lernortbezogene Kooperation mit Betrieben der Region an möglichst jeder Schule umgesetzt werden.

Erklärung: In Thüringen haben viele Schulen bereits sehr gute Erfahrungen mit praxisorientierten Lernformen und Lernortkooperationen mit Betrieben ihrer Region gesammelt. Diese sollen jetzt auf alle Regel- und Gemeinschaftsschulen ausgeweitet werden.



Längeres gemeinsames Lernen

Ausbau des längeren gemeinsamen Lernens durch die Entstehung von neuen Gemeinschaftsschulen vor allem, an solchen Schulstandorten, wo die Voraussetzungen günstig sind: Dort, wo Grund- und Regelschulen direkt nebeneinander bestehen und sich einen gemeinsamen Schulbezirk und ein gemeinsames Schulumfeld teilen, sollen innerhalb von fünf Jahren über **Kooperationen neue Gemeinschaftsschulen** entstehen.

Erklärung: In mehreren Landkreisen stehen den Schüler:innen und den Eltern bis heute keine Angebote längeren gemeinsamen Lernens (Klasse 1 bis 10/12/13) in erreichbarer Entfernung zur Verfügung. Da, wo die Voraussetzungen besonders günstig sind, wollen die Fraktionen von Rot-Rot-Grün deswegen neue Gemeinschaftsschulen initiieren.

Wegfall der BLF



Die **Besondere Leistungsfeststellung am Ende der Klasse 10 soll wegfallen**. Aber nicht ohne Ersatz: Mit der Versetzung in Klasse 11 sollen die Schüler:innen zukünftig zugleich automatisch einen anerkannten Realschulabschluss erwerben, diese Lösung wird bereits in mehreren anderen Bundesländern praktiziert.



Verbesserte Digitalität

Als Erfahrung aus der Corona-Pandemie sollen **digitale Unterrichtsformen klar geregelt** werden. Vor allem geht es um die Definition von Situationen, in denen sie zum Tragen kommen, um den beteiligten Lehrkräften und Schüler:innen Sicherheit zu geben. Im Zusammenhang damit bekennt sich das Land auch zur **digitalen Lernmittelfreiheit**.

Erläuterung: Thüringen will als derzeit erstes und einziges Bundesland in Deutschland die Pflicht des Landes festschreiben, eine Grundausstattung für die **Teilnahme an digitalen Lernformen** auf Landeskosten allen Schüler:innen zur Verfügung zu stellen (z. B. Laptop/Tablet und benötigte Lern-Software).

Mehr Mitwirkung und Demokratie



Um die **demokratische Schulentwicklung** zu stärken, werden die Befugnisse der Schulkonferenz ausgebaut, indem sie auf das Schulkonzept und das Auswahlverfahren für die Schule ausgeweitet werden. Diese dient als Organ der Mitbestimmung von Schüler:innen, Eltern, Erzieher:innen und Lehrer:innen an der Schule und wird jeweils für zwei Schuljahre gebildet.

Darüber hinaus können Schülersprecher:innen jetzt ab der ersten Klasse gewählt werden, was die **Schüler:innenmitwirkung ausdehnt**.



Stärkung der Schulsozialarbeit

Die **Schulsozialarbeit** wird weiter ausgebaut, indem eine bedarfsdeckende Ausstattung unserer Schulen mit Schulsozialarbeit als Ziel ins Gesetz aufgenommen werden. Der Absatz zur Schulsozialarbeit wird von einer Kann- in eine Soll-Bestimmung umgewandelt.

Mehr Qualität durch Schulkonzept



Allen Schulen soll durch das Schulgesetz künftig die Aufgabe gestellt werden, ein **Schulkonzept** zu erarbeiten, in dem die Ziele und pädagogischen Schwerpunkte ihrer Arbeit festgelegt sind und das mit Beteiligung der Eltern und Schüler:innen regelmäßig fortgeschrieben wird. Dies **stärkt die Qualität**, weil sich die Schulen dann regelmäßig mit Stärken und Schwächen ihrer Arbeit aus Sicht aller Beteiligten auseinandersetzen.

Weniger Unterrichtsausfall



Einzülig geführte Grundschulen und Regelschulen sollen durch das Gesetz zur Kooperation mit anderen Schulen verpflichtet werden.

Erläuterung: Mit dieser Bestimmung sollen gerade kleine Grund- und Regelschulen, die häufig Probleme in der Unterrichtsabsicherung haben, angehalten werden, mit anderen Schulen zur besseren Absicherung des Unterrichts zu kooperieren. Ziel: weniger Unterrichtsausfall.

Neues Schulgesetz soll kommen

Rot-Rot-Grün reicht Entwurf zur Änderung ein

In den letzten drei Jahren mussten die Thüringer Schulen verschiedene, teils neue und teils bekannte, Herausforderungen bei der Bewältigung der ihnen gestellten Aufgaben zu unterstützen, natürlich auch auf gesetzlicher Basis.

Im Herbst 2022 haben die Regierungsfractionen von Rot-Rot-Grün deshalb einen Entwurf für Änderungen im Schulgesetz im Landtag eingereicht.

Wir haben mit Torsten Wolf, dem bildungspolitischen Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag über die Schwerpunkte der Novellierung gesprochen.

Parlamentsreport: Im Jahr 2019 gab es bereits eine Novellierung des Thüringer Schulgesetzes. Wie hat sich diese Novellierung bisher ausgewirkt?

Torsten Wolf: In 2019 haben wir mit dem damaligen Schulgesetz vor allen Dingen wie ein Gutachten für inklusive Beschulung geregelt. Wir haben die Schul- und Klassengrößen und das Ganztagskonzept sortiert und eine Demokratisierung von Schulen eingeleitet. Die Ergebnisse einer mündlichen Anfrage im Landtag haben gezeigt, dass wir im Bereich der Inklusion tatsächlich erst mal eine leichte Rückwärtsbewegung hatten. Aber wir haben die räumlichen Voraussetzungen geregelt, die entscheidend sind für Inklusion. Das heißt, die Novellierung des Schulgesetzes war sehr gut.

PR: Wie kam es nun dazu, dass es noch einmal eine neue Novellierung geben soll?

TW: Wir haben nun noch mal ein Schulgesetz aufgelegt, welches weitere Vorschläge von uns beinhaltet. Die Corona-Pandemie hat Herausforderungen hervorgebracht bei denen wir gesehen haben, dass unsere Schulen noch nicht gut aufgestellt waren. Dies haben wir im neuen Gesetzentwurf mit einbezogen. Also zum Beispiel der gesamte Bereich der Digitalisierung. Auf welchen gesetzlichen Grundlagen kann digitales Lernen, ob in Form von Distanz-Unterricht oder Hybrid-Unterricht, so gestaltet werden, dass es rechtssicher ist. Das wollen wir nun klären.

Die digitale Lernmittelfreiheit ist Grundvoraussetzung dafür. Natürlich braucht es vor Ort das entsprechende schnelle Internet und damit einhergehend aber auch die Endgeräte für Schülerinnen und Schüler. Jede Schülerin und jeder Schüler ab Klasse 5 soll ein digitales Endgerät erhalten. Genau das beinhaltet unser Gesetz. Der Bereich des digitalen Lernens soll damit neu aufgestellt werden. Mit unseren Vorschlägen haben wir tatsächlich die Möglichkeit, moderne Lernformate an allen Schulen umzusetzen.

PR: Was sind weitere Schwerpunkte, die du für ganz besonders wichtig hältst?



Alle Informationen zum neuen Schulgesetz finden Sie auf: schulgesetz.die-linke-thl.de

„Mit dem neuen Schulgesetz gehen wir weitere Schritte hin zu mehr Demokratie an Schulen“

hinaus wollen wir den Bereich der Ganztagsangebote weiter ausbauen. Hier muss sich gefragt werden: Was braucht die Schule dafür an Räumen, an Personal, sodass sukzessive auch Ganztags in den weiterführenden Schulen angeboten werden kann. Ich denke, das ist ein ganz wichtiger Bereich für die Schulentwicklung in Thüringen.“

PR: Wie sieht nun der Zeitplan aus?

TW: Wir werden wahrscheinlich im Dezember die erste Lesung im Plenum haben. Dann gibt es die Anhörung, die wir schnell einleiten wollen. Die Anhörung wird mündlich stattfinden, das heißt es wird eine große Anhörung hier im Landtag geben. Und danach, und so ist die Vereinbarung mit der CDU, kommen alle Bestandteile sowohl des Gesetzes der CDU und der FDP als auch von Rot-Rot-Grün auf den Tisch. Dann verhandeln wir die Bestandteile. Ich gehe davon aus, dass wir mit Beginn des neuen Schuljahres 23/24 ein neues Schulgesetz haben.

PR: Hast du noch abschließende Worte?

TW: Mit dem neuen Schulgesetz gehen wir weitere Schritte hin zu mehr Demokratisierung an Schulen. Zum Beispiel soll die Schulkonferenz auch über das pädagogische Konzept mitbestimmen dürfen. Das ist ganz wichtig, damit alle, also Schülergruppen, die Eltern und die Pädagog:innen, mitgenommen werden und nicht alles im Ministerium oder bei der Schulleitung allein liegt.

Sie möchten für sich und ihre Schulklasse Informationsmaterial zum neuen Schulgesetz?

Dann schreiben Sie uns und erhalten Sie eine Broschüre mit allen Informationen: oea@die-linke-thl.de

Unsere 29

Mit 29 Abgeordneten stellt DIE LINKE mit Abstand die größte Fraktion im Thüringer Landtag. In dieser Rubrik stellen wir Ihnen unsere Abgeordneten näher vor.

Diesmal: Torsten Wolf

Torsten Wolf wurde 1968 geboren und ist gelernter Instandhaltungsmechaniker. Nach einem Studium der Politikwissenschaft, Wirtschaftswissenschaft und Neueren Geschichte in Jena war er von 2000 bis 2010 für den Deutschen Gewerkschaftsbund tätig. Anschließend war er Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Thüringen. Seit 2014 sitzt er für DIE LINKE im Thüringer Landtag und setzt sich dort als bildungspolitischer Sprecher unter anderem für gute Arbeit, gute Bildung, gerechte Löhne und soziale Sicherheit ein. Außerdem ist er stellvertretender Vorsitzender im Stadtverband DIE LINKE Jena.

Warum liegt dir Bildungspolitik besonders am Herzen?

Weil Bildung Zukunft sichert, für die Kinder und die Gesellschaft. Kinder haben über den Zugang zu bester Bildung die Möglichkeit, ihr eigenes Leben selbstverantwortet zu gestalten.

Für welche:n Musiker:in oder welche Band würdest du fünf Stunden fahren, um ein Konzert zu besuchen?

Zu Rammstein und Lang Lang die „Goldberg Variation“.

Wenn du eine historische Person zum Essen einladen könntest, welche wäre es?

Michail Gorbatschow. Kein moderner Politiker hat mein Leben und die politische Entwicklung in Deutschland mehr beeinflusst.



Foto: Max Zindel/www.unsplash.de

Frauen. Leben. Freiheit

Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung zur feministischen Revolution im Iran

Seit drei Monaten gibt es anhaltend große Proteste in der islamischen Republik Iran, die sich zu einer Revolution ausgeweitet haben. Die Proteste verdeutlichen die tiefe Spaltung des Landes anhand vieler Linien. Das Khomeini-Regime begegnet den Protesten äußerst brutal. Anlässlich dieser hat die Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen die Journalistin Mina Khani zu einer Veranstaltung geladen. Die linke Publizistin, Aktivistin und Feministin Mina Khani berichtet seit Beginn des Widerstands gegen das Regime über die Ereignisse. Von ihr sind Artikel in deutschsprachigen Medien wie taz oder analyse&kritik sowie Interviews u.a. bei BBC Farsi erschienen. Auf Twitter gibt sie O-Töne von Freund:innen wieder und überträgt Nachrichten der Aufständischen ins Deutsche, um zur Solidarität aufzurufen. Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag und Vorsitzende der Rosa-Luxemburg Stiftung Lena Saniye Güngör moderierte die Veranstaltung.

Die Proteste dauern an

Seit Ende September wird auch in deutschen Medien fast täglich über die Pro-

teste im Iran und das brutale Vorgehen des Regimes berichtet. Die Proteste dauerten zu diesem Zeitpunkt jedoch schon eine ganze Weile an wie die Referentin Mina Khani zu Beginn der Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen Ende November im mon ami in Weimar klarstellte. Auch seien sie nur dann richtig zu verstehen, wenn man sich ansehe, dass es in verschiedenen Landesteilen seit 2009 nahezu ohne Unterbrechung immer wieder Proteste gegen das Mullah-Regime gegeben habe. Die treibenden Kräfte hinter den Protesten sind Netzwerke, die seit Jahren gegen die Unterdrückung des Mullah-Regimes ankämpfen. Der Moment, in dem auch westliche Medien von den Protesten berichteten, war der der Ermordung Zhina Aminis, im Westen besser bekannt als Mahsa Amini. Wobei der Name Mahsa ein persischer ist, der ihr aufgezwungen wurde, weil die iranischen Behörden ihren kurdischen Namen Zhina nicht anerkennen wollten.

Die Ermordung Zhina Aminis war der berühmte Tropfen, der das Fass der Entrüstung und Wut der Bevölkerung gegen das islamistische Regime zum Überlaufen gebracht hat. Zhina starb,

nachdem sie wegen angeblicher Verstöße gegen den Verschleierungszwang von der sogenannten Sittenpolizei gewaltsam in Gewahrsam genommen und dort misshandelt wurde.

Feministische Revolution

Um die Proteste im Iran zu verstehen, ist es wichtig, sich zu vergegenwärtigen, dass es vor allem eine feministische Revolution von Frauen ist, die sich gegen die staatlichen Repressionen zur Wehr setzen und dass sich diese Repressionen vor allem gegen Angehörige ethnischer Minderheiten wie zum Beispiel Kurd:innen und Belutsch:innen richten. Neben dem Protest gegen die Unterdrückung von Frauen geht es vielen im Iran allerdings auch wirtschaftlich schlecht und es herrscht eine breite Unzufriedenheit, die sich nun entlädt. Den Widerstand gegen den Verschleierungszwang gab es zwar schon seit der Einführung in Folge der Machtübernahme Khomeinis nach der Revolution 1979, wie Khani berichtet, doch sei nun neu, dass es eine breite gesellschaftliche Solidarität mit den Betroffenen gibt. Viele würden die Schikanie und Unterdrückung der Sittenpo-

lizei kennen, entweder, weil sie selbst davon betroffen sind, oder aber ihre Frauen, Schwestern oder Mütter.

Nach der Revolution 1979 wurde der Protest von Frauen gegen den Verschleierungszwang von vielen Akteur:innen zunächst nicht richtig ernstgenommen. Khomeini verstand es damals gut, die Forderungen anderer an der Revolution Beteiligten verklausuliert zu übernehmen und für sich zu nutzen, heute nach mehr als dreißig Jahren hat sich das Blatt gewendet. Auch ließe sich die iranische Bevölkerung nicht mehr an ethnischen Linien spalten, sondern stehe gemeinsam gegen die Unterdrückung, wie nicht zuletzt der mittlerweile weltweit bekannte Protestslogan „Jin, Jiyan, Azadi“ verdeutlicht, der aus der kurdischen Freiheitsbewegung der 80er Jahre stamme, so Khani.

Veranstaltungsbericht von Julian Degen,



Mina Khani berichtet täglich auf ihrem Twitter-Kanal über die Ereignisse im Iran.

Zu finden unter:
www.twitter.com/Khani2Mina



Außerparlamentarisches Bündnis

Bündnis zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention

Anfang Dezember trifft sich das Außerparlamentarische Bündnis zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Thüringen das erste Mal nach zwei Jahren im Thüringer Landtag. Durch die Corona-Pandemie konnten die letzten Treffen nur digital abgehalten werden. Jürgen Pfeffer, Sprecher des Außerparlamentarischen Bündnisses, begrüßte zunächst die anwesenden Gäste: „Wir versuchen eigenverantwortlich unsere Interessen und Forderungen mit diesem Bündnis durchzusetzen. Dass wir uns dazu auch noch in den Räumen des Thüringer Landtages zusammenfinden können, freut mich umso mehr.“ Es handele sich um 407.000 Menschen mit Behinderung in Thüringen, dies sei durchaus keine kleine Randgruppe, wie so oft behauptet werde, betonte Pfeffer. „Ich behauptete gar, in fast jeder Familie in Thüringen gibt es einen Menschen mit Behinderung. Die Themen gehen uns also alle an.“ Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention fordere der Auffassung des Außerparlamentarischen Bündnisses nach, eine grundlegende Umstrukturierung in Deutschland.

„Wir sind wer“

Unter der Maxime „Wir sind wer!“ hat das Außerparlamentarische Bündnis die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ein paar Tage zuvor bei einer öffentlichen Anhörung im Thüringer Landtag Verbesserungen im Thüringer Gesetz zur Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (ThürGIG) gefordert. Hintergrund der Anhörung war die Petition für „Inklusion und Gleichstellung – mit Wirkung!“, die über 1.600 Mitzeichnungen erhalten hat. Die Petent:innen wollen mit ihrer Petition unter anderem Inklusion in allen Lebenslagen erreichen. Insbesondere drängen sie auf Barrierefreiheit in allen der Öffentlich-



keit zugänglichen Gebäuden, auf „leichte Sprache“ bei Behörden sowie auf ein faires Miteinander auf „Augenhöhe“.

Karola Stange, Sprecherin für Soziales, Gleichstellung und Behindertenpolitik der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, unterstützt die Petition: „Ich bin dem Außerparlamentarischen Bündnis dankbar, dass es solche konkreten Forderungen formuliert hat. Zum Beispiel halte auch ich es für richtig, kommunale Eigenbetriebe und Privatunternehmen, die öffentliche Mittel erhalten, zur Einhaltung der Vorgaben aus dem Gleichstellungsgesetz zu verpflichten. Ebenso unterstütze ich die Forderung nach hauptamtlichen Beauftragten für Menschen mit Behinderungen in den Landkreisen und kreisfreien Städten. Hier sind wir bereits auf einem guten Weg. Bis auf den Kyffhäuserkreis, das Weimarer Land und die Landkreise Sonneberg und Saalfeld-Rudolstadt haben bereits alle anderen Kreise einen hauptamtlichen Behindertenbeauftragten“, so Stange. Das Inklusions- und Gleichstellungsgesetz soll im

Jahr 2023 in einem Evaluationsverfahren überprüft und beurteilt werden. Die Landesregierung hat die Zusage gegeben, auch die Forderungen und Anregungen der Petent:innen mit in das Bewertungsverfahren einfließen zu lassen. Im Jahr 2024 wird es dazu einen Bericht und bei Bedarf eine Überarbeitung des Gesetzes geben.

Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention

Beim Treffen des Außerparlamentarischen Bündnisses stellte Ministerin Heike Werner in ihrem Bericht die aktuelle Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Thüringen vor, dabei verwies sie auf den Thüringer Maßnahmenplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention: Es müsse bei allen Maßnahmen stets geschaut werden, welche in einer Fortführung sinnvoll wären und wann ein Abschluss erreicht werden kann. Inklusion verwirkliche sich vor Ort, wo der Mensch lebt, arbeitet und wohnt. „Nicht

der Mensch muss sich anpassen, sondern der Sozialraum“, bekräftigte die Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie in ihren Ausführungen.

Im Anschluss stellte Sören Pellmann, behindertenpolitischer Sprecher für DIE LINKE im Bundestag, die aktuellen bundespolitischen Entwicklungen der Konvention vor. Mit Blick auf den Arbeitsmarkt hob er hervor, dass für eine Inklusion in diesem Bereich noch viel zu tun sei. So sind rund 43.000 Unternehmen deutschlandweit verpflichtet, Menschen mit Behinderung zu beschäftigen, kämen dieser Verpflichtung aber nicht nach, sondern zahlen lieber eine Ausgleichsabgabe. „Deshalb braucht es eine Neuformulierung der Ausgleichsabgabe, fordert der Bundestagsabgeordnete. Vor allem müsse auch die Privatwirtschaft mehr in die Pflicht genommen werden, wenn es um den Ausbau von Barrierefreiheit geht, fordert Pellmann. Das hieße nicht nur eine Rampe bauen, z. B. auch sondern Texte in leichter Sprache, Hörakustik etc.





Ein Blick zurück auf der Timeline...

DIE LINKE im Thüringer Landtag

Ein weiteres Jahr voller Herausforderungen und Krisen liegt hinter uns allen. DIE LINKE im Thüringer Landtag will die Themen unserer Zeit angehen und bietet konkrete Lösungsansätze für die Bürger:innen des Freistaates.

Wir wollen auf das Jahr 2022 zurückblicken...



Energiekrise



Parlament



#GleichGut



Veranstaltungen



Spenden



Nah dran an denen, die es betrifft

Unsere Abgeordneten suchen regelmäßig den direkten Kontakt zu den Vertreter:innen ihres Sprecher:innen-Bereiches. Nur so können deren Belange in das Parlament getragen werden.

In Arbeitskreis oder Einzelterminen gingen sie auch 2022 in die Unternehmen, Verbände oder Vereine und tauschten sich über Herausforderungen und Bedarfe aus.





Thüringen. Überall gleich gut.

Das Leben in der Stadt und auf dem Land ist doch aber grundverschieden. Selbst die größeren Städte sind nicht miteinander vergleichbar. Und eine Kreisstadt im ländlichen Raum bietet andere Möglichkeiten als ein benachbartes Dorf. Wir möchten, dass Menschen in Thüringen überall und ohne Ausnahme gleich gut leben können

Mehr dazu unter: www.gleichgut.de.



Wir wollen Sie mitnehmen...

Auch das nächste Jahr wird viele neue Herausforderung bringen, die wir nur gemeinsam, solidarisch und demokratisch lösen können. Dafür wollen wir Sie mitnehmen bei der Arbeit unserer Abgeordneten.

Folgen Sie uns auch 2023 auf unseren Online-Kanälen oder lesen Sie über aktuelle Entwicklungen im Parlamentsreport.







Bodo Ramelow



Steffen Dittes



Katja Mitteldorf

DIE LINKE.
Fraktion im Thüringer Landtag

#WirMachensGerecht
www.die-linke-thl.de

@linke_thl

Unsere Abgeordneten sind nicht nur vor Ort in Schulen und Kindergärten gegangen, sondern haben auch online zum Nachhören gelesen. Mit dabei sind Steffen Dittes (»Jack und die Bohnenranke«), Katinka Mitteldorf (»Die Schneekönigin«) und Bodo Ramelow (»Der gestiefelte Kater«).

Das Ergebnis gibt's bei YouTube zu sehen, aber auch als Audio-Hörbuch bei Spotify oder direkt als MP3-Download auf unserer Webseite.



Zum bundesweiten Vorlesetag haben unsere Abgeordneten Geschichten und Märchen gelesen



Katja Maurer liest „Storys für Kinder, die die Welt retten wollen“ von Carola Benedetto und Luciana Ciliento

Kindern vorzulesen ist wichtig, nicht nur, weil es die Phantasie anregt und wunderbare Welten für sie eröffnet. Leider wird vielen Kindern zuhause nicht mehr vorgelesen. Oft finden sie den Kontakt zu Büchern nur durch die Schule oder den Kindergarten. Auch in diesem Jahr fand der bundesweite Vorlesetag statt, der eben dar-

auf aufmerksam machen soll.

Die Linksfraktion hatte sich entschieden, zum diesjährigen Vorlesetag eine gemeinsame Aktion zu starten: Mehrere Abgeordnete haben online, aber auch vor Ort Kindern in ganz Thüringen Geschichten und Märchen vorgelesen. Sie gingen in Schulklassen und Kindergärten. Mit dabei waren unter anderem Kati Engel, die „Die kleine Hexe“ in der Modewaldschule in Eisenach las sowie Cordula Eger, die den zweiten Klassen in Bad Tennstedt und dem Kindergarten „Angermäuse“ vorgelesen hat.

In der Integrierten Gesamtschule in Erfurt war die Abgeordnete Katja Maurer mit den vier fünften Klassen in der Aula verabredet. Nach einer kurzen Vorstellungsrunde las Frau Maurer aus „Storys für Kinder, die die Welt retten wollen“. Dieses beinhaltet Geschichten von jungen Menschen, die in ganz unterschiedlichen Kontexten auf ihre Weise versuchen, das Leben für die Menschen in ihrem Umfeld zu verbessern. Dazu zählt die Geschichte von der weltbekannten Greta Thunberg, die die Menschheit vor dem Klimawandel bewahren will, aber auch der Weg von der nicht so bekannten Wangari Maathai, welche

zu ihrer Zeit in Kenia eine der ersten und lautesten Frauenrechtlerinnen und Umweltschützerinnen war und spätere Friedensnobelpreisträgerin wurde.

In der anschließenden Gesprächsrunde verlaublichen die Schüler:innen viele Gedanken über ihre Zukunftspläne, aber auch welche Sorgen sie sich über den Zustand der Erde und die damit zusammenhängenden Konsequenzen für ihr persönliches Leben machten. Auch interessierte

„Der Weltvorlesetag ist ein Zeichen für Leseförderung, aber vor allem auch für den Spaß am Vorlesen“

Fragen zum Privat- und Politiker:innenleben von Frau Maurer durften nicht fehlen - zum Beispiel wieviel Stunden in der Woche eigentlich Politiker:innen arbeiten müssen und ob sie auch manchmal im Jahr Urlaub machen darf. „Es war sehr schön zu

sehen, wie interessiert und wissbegierig junge Menschen die Geschichten und Erzählungen aus dem Vorlesetag aufnehmen. Der Weltvorlesetag ist ein Zeichen für Leseförderung, aber vor allem auch für den Spaß am Vorlesen.“

Auch in diesem Jahr war es sehr erfreulich zu sehen, dass an diesem Tag überall und an den unterschiedlichsten Orten vorgelesen wurde und dieses Anliegen der Abgeordneten der DIE LINKEN Fraktion im Thüringer Landtag mit viel Freude in die Breite des Bundeslandes Thüringen getragen wurde. Für das Wecken der Neugier von jungen Menschen an unbekannteren Geschichten und neuen Abenteuern ist der Weltvorlesetag jedes Jahr aufs Neue dienlich, weswegen sich unsere Abgeordneten bereits für das nächste Jahr in Schulen und Kindergärten angekündigt haben um eine neue Geschichte zu erzählen.



„Die „Storys für Kinder, die die Welt retten wollen“ von Carola Benedetto und Luciana Ciliento

Rowohlt Verlag
ISBN 3499003252
264 Seiten.